

Die Berliner Volks-Zeitung erscheint täglich... 75 Pf. monatlich...  
Monatspreis für auswärtig bei Bezug durch die Post: monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2.40, halbjährlich 4.80, jährlich 9.60.

Redaktion: Jerusalemstraße 46/47, gegenüber dem Reichstagsgebäude.

# Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt  
**Morgen-Ausgabe**

Mittwoch, 5. Februar 1908

Abonnementpreis für die Zeit 40 Pf. Einmalzahlung und Beilage...  
SW. Jerusalemstraße 46/47.  
Telefon: 8. Ringstr. 41, 80. Ringstr. 41, 80. Ringstr. 41, 80. Ringstr. 41, 80. Ringstr. 41, 80.

## Der Militärretat im Reichstage.

Der Fall Gädde und andere.

Bei der gestrigen Fortsetzung der Militärretat im Reichstage erkrankte der Abgeordnete Dr. Rudolph (Freiwilgler) durch die Regierung zur Sparlichkeit und polemisierte dann gegen den Abgeordneten Webel und das von diesem empfohlene Mißgeschick. Der Redner erklärte ferner die Forderung eines einheitlichen Regiments und Kostengeldes im Reserveoffizierskorps, der leider nur einmal zur Bewilligung der Regierung gelangt ist. Herr v. Liebert (Reichspartei), der im Reichstage „unabkömmlich“ ist (wie er von sich im Kölner Peters-Prozesse behauptete), sprach eine Reihe großer Worte gefahren aus. Nach den vorgelegten Ausführungen des banghiesigen Generals v. Gehlert sprach Herr v. Liebert die Frage der zweijährigen Dienstzeit bei der kleineren Handbewegung für erledigt. Ich nehme, das ist für durchaus nicht, denn wir meinen, sie wird und muß jetzt erst in Fuß Form an. Herr v. Liebert sprach dem Reichstage das Recht ab, militärorganisatorische Fragen zu erörtern; denn er sei keine Kreisbesprechung. Wir wüßten bisher nicht, daß die Reichstage, die den militärischen Wissenschaft einzuweisen, für Militärfragen allein zuständig seien. Warum wählen die Konventionen dann nicht lieber einige Mitglieder in den Reichstag? Wenn Herr Liebert behauptet, die deutsche Flotte müsse erst geschaffen werden, so überlassen wir es der Flottenverwaltung, sich ob dieser neuen Anschaffung der Flotte mit dem Herrn v. Liebert im Parlament bei passender Gelegenheit auseinanderzusetzen.

Nach Liebert machte Herr Liebermann v. Sonnenberg (Mittelpartei) in dem ihm eigenen und fallam bekannten Volksparlamentarismus den verlassenen Abhandlung seinen Worten laut und schloß, da ihm nichts Eigenes einfiel, mit einem nun nachgesehenen todeshaften Bismarck-Zitat.

Auf eine erstliche Höhe brachte nach den demagogischen Ausfällen der beiden Vordere der Abgeordnete Schwabe (Freiwilgler) die Debatte, indem er in ruhiger und würdiger Form den Fall des Obersten a. D. Gädde erläuterte. Dieser Rede wurde in Reichstage folgt, werden die anwesenden Mitglieder des Kriegsinstitutums nervös; für die Güte ihrer Sache jagt diese Nervosität nicht. Generalleutnant Sixt v. Arnim verfuhr geradezu wie Herr v. Eimen. Er folgte dem Abgeordneten Schwabe nicht auf dem Boden der Sachlichkeit, sondern verhielt sich fast hinter die Berge des obersten Vergehens. Das ist eine heutzutage aber nicht sehr wirksame Methode, um einer unbekanntem Sache aus dem Wege zu gehen. Der General v. Arnim schloß daran eine Verherrlichung des Militärabkommens und der Kadaverentwürde, so daß man meinen konnte, er habe bereits seine Ernennung zum Kadaverentwürde in der Tasche. Seine leidenschaftlichen Behauptungen, an dem „einen Abteil“ des Heeres zu rufen, riefen natürlich ein dröhnendes Echo auf der rechten und großen Seite der Sozialdemokraten nach. Und diese Seite war um so nachhaltiger, als man abtrotzt keinen Grund sah, weswegen sich der General in eine derartige Höhe hineinreden sollte. Auf die Fragen wegen der Zurückführung von jüdischen Einwohnern bei der Wiederherstellung zum Reichsoffizier hatte der Vertreter des Kriegsinstitutums genau die selben nichtsjähligen Antworten bereit wie Herr v. Eimen selbst.

Abgeordneter Erzberger (Zentrum) führte Klagen über das Hintertreten von Politik durch überreiche „Landbesitzer“ Regimentskommandeure; er führte eine Reihe von Zahlen an, wo Reserveoffiziere und Kriegervereine wegen Befundung von Zentrumsmittelgehörigkeit bei den letzten Wahlen gemäßigt wurden. Der Abgeordnete Eichhoff (Freiwilgler) machte dem Vordrager, es bei einem Teil der Kämpfer mit einer 1 1/2-jährigen Dienstzeit zu verhandeln. Abgeordneter Rösser (Sozialdemokrat) erklärte ebenfalls die politische Gesinnungsmittel der Offiziere und Mannschaften; er ging dann eingehend auf das Kapitel der Soldatenhandlungen ein und wünschte den Einzug eines modernen Geistes in die militärische Strafrechtspflege. Dem wird jeder fortschrittlich Denkende sich anschließen.

Die Weiterberatung wurde auf heute vertagt.

## Der Kaiser

hat sich gestern im Automobil nach GutsMuths Park, um dort einige Tage zu verweilen. Als Gäste der Kaiser trafen in GutsMuths Park Admiral v. Holmann, Geheimrat Rat Professor Koser und Professor Göttemann.

## Die Sonntagspredigt.

Am Abendblatt haben wir die Meldung der „Volks-Zeitung“ von dem Sonntagspredigt, das der Kaiser gestellt haben soll, für eine kleine Senkung erklärt, daß das Element auf dem Hübe folgen werde. Prompt ist es jedoch hohofähig, die „Nordd. Wg. Sig.“, die den Kaiser von Meinungsverschiedenheiten zwischen seiner Majestät dem Kaiser und König und dem künftigen Staatsministerium erwidern sollen, von Anfang bis zu Ende erfinden sind. Am nächsten Sonntag ist in der Schloßkirche überhaupt kein Gottesdienst.

## Noch ein Sänder.

Wegen der der freiwilglerischen als Kandidaten angebotenen Reichstagsabgeordneten Dr. Neumann-Göfer wird von seinen gewissermaßen der freiwilglerischen Volkspartei ein förmliches Respektieren beauftragt, weil er bei der Beratung der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation im Reichstage für den Wahlrechtsänderung der Sozialdemokraten gestimmt hat, daß die Debatte nicht abgebrochen, sondern am nächsten Tage fortgesetzt werde. Es haben für diesen Antrag leider nur sechs Abgeordnete gestimmt, darunter auch der volksparteiliche Abgeordnete Wang und der süddeutsche Volksparteiler Wieland. Zu dem Wahlrechts des Abg. Dr. Neumann-Göfer wird jetzt eine von der dortigen Organisation der freiwilglerischen Volkspartei, die, nebenbei bemerkt, auch ein neuer in Westfalen besteht, beschlossene Resolution verabschiedet, die — man läßt und haare — erklärt, daß Herr Dr. Neumann-Göfer dadurch die Grundzüge des Freiwilgler „Vertrags“ habe.

Wir haben schon früher betont, die sechs Abgeordneten haben durch ihre Abstimmung ein besseres Verhältnis für freiwilglerische Grundzüge bewiesen als die Mehrheit der freiwilglerischen Freiwilgler, deren stilles Verhalten bei der freiwilglerischen Mehrheitstimm im Saale mit Recht stark verwirren hervorgerufen hat. Und was geschieht nun mit den volksparteilichen Sändern, den Abgeordneten Wang und Wieland? Sie haben doch nach der Eintragung der unehelichen Parteiwählungen ebenfalls „die Grundzüge des Freiwilgler“ vertritt.

## Der belästigte Volkshafter.

Der bisherige französische Volkshafter in Petersburg, Bombard, der, wie wir berichtet haben, demnach diesen Posten verlassen wird, hatte in einer Nacht des konservativen Petersburger Journals „Boschmann“ an seine Adresse geschickte belästigende Briefe erhalten. Er wandte sich daher an den russischen Minister des Auswärtigen mit der Erklärung, diese gegen ihn gerichtete Notiz sei eine ihm als Vertreter der französischen Republik in Russland zugesandte Belästigung, und er erbat daher den Schutz der russischen Regierung. Wie von russischer Offiziere an seine Adresse geschickte belästigende Briefe erhalten. Er wandte sich daher an den russischen Minister des Auswärtigen mit der Erklärung, diese gegen ihn gerichtete Notiz sei eine ihm als Vertreter der französischen Republik in Russland zugesandte Belästigung, und er erbat daher den Schutz der russischen Regierung.

## Ein Zusammenstoß

ereignete sich gestern im Hafen von Portsmouth. Bei der Aufsicht aus dem Hafen stieß das Torpedoboot Nummer 2 mit dem Torpedoboot Nummer 3 zusammen und wurde in fünf Minuten in drei Abteile nach dem Tod gesplittet. Der „Zephyr“ blieb unbeschädigt.

## Der Untergang der marokkanischen Flotte.

Die marokkanische Flotte, die bisher aus einem einzigen Kriegsschiff, dem Dampfer „Said“, bestanden hatte, existiert nicht mehr. Der Dampfer „Said“ ist eine Explosion zum Opfer gefallen. Wie aus Paris berichtet wird, ist der Dampfer, als er auf dem Golf von Tunesien lag, durch Explosion seiner Munition in Brand geraten. Das Feuer zerstörte schließlich das Schiff vollständig.

## Ein Attentatsversuch.

Es wird, weil der Präsident des Abgeordnetenhauses der künftigen Familie von Bismarck kein Verbleib ausgesprochen hat, darauf

aufmerksam gemacht, daß zur Zeit der öffentlichen Attentate in den letzten drei Jahrzehnten (Kaiser Alexander 1881, Präsident Garfield 1881, Präsident Mac Kinley 1901, König Alexander von Serbien 1903) das Abgeordnetenhaus nicht veranlaßt war, der Präsident eine Aushebung wie die jetzige also nicht erlassen konnte.

## Das neue portugiesische Ministerium

hat sich gestern in Lissabon konstituiert. Es weist die Zusammensetzung auf, die vor bereits im letzten Abendblatt mitgeteilt haben. Von den sieben Ministern sind zwei zum ersten Male Minister. Zwei von den neuen Ministern gehören der Partei der Regeneratoren an, zwei der Partei der Progressiven. Die übrigen drei, darunter der neue Ministerpräsident Amalal, sind unabhängig.

Die Partei der differenzierenden Progressiven ist an der Kabinettsbildung nicht beteiligt. Am Montag war aus Lissabon offiziös berichtet worden, daß der früher der differenzierenden Progressiven Alpoim in das Kabinett eintraten würde. Bald darauf aber wurde aus Lissabon gemeldet, daß Alpoim bereits vor dem Attentat im Automobil über die portugiesische Grenze nach Salamanca geflohen war. Man erhofft aus diesen widersprechenden Mitteilungen am deutschen, welche Wirkung in den Lissaboner Regierungskreisen herrschen muß.

## Eine Beileidskundgebung

wurde gestern in der russischen Duma veranstaltet. Aus Petersburg wird darüber berichtet:

Nach Eröffnung der Sitzung beschloß die Duma auf Antrag des Präsidenten, der portugiesischen Regierung durch den Gesandten in Petersburg das Beileid auszusprechen. Das Ausdrücken des erzwungenen Beileids wurde durch allgemeines Erheben von den Blättern getriggert. Nach dem Präsidenten sprach der Minister des Auswärtigen, der darauf hinwies, daß die Regierung sich vollständig dem einstimmigen Beileid der Duma anschließen und das Beileid nach dem Willen der Portugiesen ausdrücken, mit dem es in Freundschaft verbunden sei. Während des Beileidsbittens hatten die Sozialdemokraten den Saal verlassen.

Nach einer Meldung aus Triest veranfaßte am Montagabend etwa 40 junge Leute unter anarchistischen Rufnamen Kundgebungen vor dem dortigen portugiesischen Konsulat. Die Polizei verhaftete vier von den Demonstranten.

**Hamburg, 4. Februar.** In der Folge des **Hafenarbeiterstreiks** gegen den **Hafenarbeiterverband** sollte die Vollversammlung III des hiesigen Verbandes am 1. d. M., wonach dem besagten Verband bei vierwöchiger Haftstrafe oder einer Geldstrafe von 1500 Mark in jedem Falle einer Zuwiderhandlung unterlag wird, den **Sung** von **Hafenarbeitern** nach **Hamburg** zu führen oder die vom **Kläger** angenommenen **Kontraktarbeiter** als **Streikbrecher** zu bezeichnen.

## Die Arbeitskammern.

Wie angekündigt, ist gestern abend im „Reichsanzeiger“ der „Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern“ erschienen. Angesichts der Bedeutung, die der Entwurf in sozialer Beziehung hat, geben wir ihn in seinen Hauptbestimmungen unverändert wieder:

1. Errichtung, Aufgaben und Zusammensetzung der Arbeitskammern.
2. Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines oder mehrerer Gewerbebezüge sind in Abhängigkeit von der Einrentung und der Größe der gewerblichen Betriebsmittel Arbeitskammern zu errichten. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig.
3. Die Arbeitskammern sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen die gemeinlichen geschiedenen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ihren vertretenen Gewerbebezügen sowie die auf dem gleichen Gebiete liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer wahrzunehmen.
4. Insonderheit gehört zu den Aufgaben der Arbeitskammern:
  - a) ein geeichtes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern;
  - b) die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der in § 2 bezeichneten Interessen durch rechtliche Mittelungen und Erhaltung von Gutachten zu unterstützen. Sie sind befugt, Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebezüge in ihrem Bezirke zu veranstalten und bei solchen mitzuwirken. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie Gutachten zu erstatten über:
    - a) den Ertrag von Arbeitskräften gemäß § 8 105 d, 105 e Absatz 1, §§ 120 a, 120 a, 124 Absatz 4 der Gewerbeordnung;
    - b) die in ihrem Bezirke für die Aushebung von Beiträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehende Verhältnisse;
    - c) Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 2) betreffen, zu beraten;
    - d) Verhandlungen und Maßnahmen, welche die Lösung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzugehen und auf Antrag der Vertreter der hierzu berechtigten Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken.
5. Die Arbeitskammern sind befugt, innerhalb ihres Wirkungsbereiches (§ 2, 3) Beiträge an Mitglieder, an Vertretern von Gewerkschaften und an die gewerblichen Arbeitgeber der Bundesstaaten oder des Reiches zu richten.
6. Angelegenheiten, die lediglich rechtliche Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, dürfen, vorbehaltlich der Bestimmungen in § 6 nicht in den Bereich der Tätigkeit der Arbeitskammern einbezogen werden.
7. Die Arbeitskammern können die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des in ihnen be-

## Eine ausgedehnte Kohlendebatte

gab es gestern im preussischen Abgeordnetenhause bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über die weitere Aufhebung des staatlichen Besizes von Steinkohlenselben im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Der Entwurf bezweckt, der weitestgehenden Tätigkeit des Kohleninhalts zu begnügen. Das Zentrum hatte dazu schon sehr frühzeitig Antrag eingebracht, der das, was der Gesetzentwurf für das heimisch-wirtschaftliche Grundverhältnis bezweckt, auch für das oberste Reichs-Revier erreichen soll. Der Zentrumsgesandte Dr. Gager begündete diesen Antrag in überzeugender Weise. Er legte dar, daß das einzige Mittel zur Vermeidung der Kohlenknappheit und damit der Kohlenverknappung die Verknappung von Kohlen ist, auf die mit allen Mitteln hingearbeitet werden müßte.

Von mehreren Rednern wurde die heimische und kurzfristige Politik des Kohleninhalts als gefährlich bezeichnet. Der Handelsminister Debusch ließ sich darauf etwas zugute zu halten, daß in diesem Jahre keine solche Kohlenknappheit eintreten wie in früheren Jahren. Der Grund liegt klar auf der Hand: bei einer sinkenden Konjunktur